

Haushaltsrede
zur Einbringung des Haushaltes 2010
am 10. Dezember 2009

Bürgermeister Paul Hermreck

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Verler Bürgerinnen und Bürger,
meine Damen und Herren des Rates!

Vor ca. 14 Tagen sprach mich nach einer Ausschusssitzung ein von mir geschätztes Mitglied der SPD-Fraktion an und fragte, wie lang denn meine Haushaltsrede für das Jahr 2010 wohl ausfallen würde. Er gehe davon aus, dass ich diesmal doch nur wenige Minuten brauche, befänden sich doch inzwischen Bundes- und Landesregierung in Händen des von mir bekanntermaßen favorisierten politischen Farbenspektrums, und es könnten somit die üblichen Schuldzuweisungen an Bund und Land komplett entfallen.

Sowohl was die Zeit als auch was die Schuldzuweisungen angeht, muss ich Sie, liebe Ratsmitglieder, sollten Sie die gleiche Erwartung heute Abend haben, leider enttäuschen.

Der Haushalt ist das Schicksalsbuch einer jeden Kommune und unzweifelhaft die Basis für eine gute oder eben auch schlechte Zukunft derselben. Allein aus diesem Grund gebührt es sich, diesem umfangreichen Zahlenwerk die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Enttäuschen muss ich Sie auch, wenn Sie jetzt von mir Vorwürfe gegenüber Bund und Land aufgrund der für 2010 in Aussicht gestellten Steuersenkungen erwarten.

Sicherlich ist hier zur Zeit nicht alles Gold, was glänzt, und manches glänzt ja auch gar nicht. Aber wenn ich höre, wie viele Kommunen, die noch nicht einmal rechtsgültig beschlossenen - geschweige denn vollzogenen - Steuersenkungen für ihre aktuelle, oft katastrophale Haushaltssituation verantwortlich machen, so muss ich das doch als eine sehr einseitige Betrachtungsweise ansehen.

Es ist immer einfacher, die Schuld für beklagte Missstände bei anderen zu suchen, als selbstkritisch vor der eigenen Tür zu kehren.

Viele dieser Kommunen, die heute wehleidig ihr Schicksal beklagen, haben Jahre, ja sogar Jahrzehnte lang weit über ihre Verhältnisse gelebt und müssen heute mehr oder weniger erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass sie an die Grenzen für das finanziell Machbare stoßen.

Wir in Verl sind oft für unsere Sparsamkeit belächelt worden, aber heute kann ich feststellen: Diese Sparsamkeit hat sich bisher bezahlt gemacht. Auch wenn ich dafür zwei Euro in das "DSF-Phrasenschwein" zahlen müsste, weise ich wieder einmal auf die alte Binsenweisheit hin: "Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen."

Dieser sachgerechte Umgang mit finanziellen Ressourcen ist unter anderem auch mit entscheidend dafür, dass Begriffe wie Haushaltssicherung, Nothaushalt, Konsolidierungspaket, Zuschusskürzungen, Streichkonzerte, Sparlisten, Steuererhöhungen etc. in dem vor Ihnen liegenden Haushaltsentwurf 2010 für die Stadt Verl nicht vorkommen.

Nicht ersparen möchte ich Ihnen jedoch einige kritische Worte zum derzeitigen Zustand der Kommunen unseres Landes.

Deren Klagelied klingt mittlerweile durch das ganze Land.

Es ist das Lied vom Niedergang der Selbstverwaltung, von erdrückenden Schulden und gesetzlichen Fesseln, die den Kommunen jegliche Bewegungsfreiheit nehmen.

In den weiteren Strophen dieses Liedes hört man immer wieder vom Versiegen der Einnahmequellen und vom Untergang der kommunalen Infrastruktur.

Und stimmt das etwa nicht?

Berechtigt sind die Klagen aus dem Jammertal der Städte und Gemeinden über die Reglungsdichte landes-, bundes- und europarechtlicher Vorschriften. Ein konkretes Beispiel hierfür können Sie ganz aktuell in der Optimierung der DSL-Versorgung für unsere Gemeinde erkennen.

Kommunen betreiben die meisten Bildungseinrichtungen, kümmern sich um Arbeitslose und Hilfsbedürftige, um Straßen, Wohnungen und Grünflächen, geben die meisten Investitionen in Auftrag – aber sie dürfen das nirgends nach eigenem Gutdünken tun.

Dabei garantiert ihnen Artikel 28 des Grundgesetzes genau das, ich zitiere:

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Aus dem hier genannten „Rahmen“ sind überall gesetzliche Zwangsjacken geworden. Nahezu alles, was auf örtlicher Ebene umzusetzen ist, wird „höheren Ortes“ beschlossen.

Auch hinsichtlich ihrer Finanzverantwortung verstecken sich die meisten Kommunen gern hinter höheren politischen Instanzen. Dabei heißt es im Artikel 28 weiter: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatz-Recht zustehende wirtschaftliche Steuerquelle.“

Die beiden wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen sind aktuell die Gewerbe- und die Grundsteuer. Aber nahezu überall sind diese Steuern ausgereizt.

Und auch überörtlich redet die Politik mit gespaltener Zunge. In sicherlich gutgemeinten Sonntagsreden wird mit Leidenschaft das Prinzip der Subsidiarität gepredigt, d.h. es wird die Eigenverantwortung der Kommunen gegenüber höheren staatlichen Instanzen gepriesen. In der Realität aber wird der Vorrang der bürgernahen vor der bürgerfernen Verwaltung oft mit Füßen getreten. Aktuelle Beispiele sind uns allen bekannt.

Ich warne ausdrücklich davor, Städte und Gemeinden zu Vollzugsagenturen bundes- oder landesstaatlicher Auftragsverwaltung zu degenerieren. Hier gehen nicht nur demokratische Teilhaberrechte verloren, sondern auch Bürgersinn und Kreativität. Durch die Entmündigung der Kommunen haben sich Bund, Länder und auch Kreise den Ast abgesägt, auf dem sie sitzen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen lassen Sie mich wieder zu der konkreten finanziellen Situation in Verl im Jahr 2010 zurückkommen.

Auch wir in Verl müssen erkennen, dass sich die Welt um uns herum und ihre Rahmenbedingungen in den letzten Jahren dramatisch verändert haben. Insbesondere die Finanzkrise und die daraus resultierende Wirtschaftskrise haben deutliche Spuren hinterlassen, deren Auswirkungen wir heute auch hier vor Ort spüren.

Insgesamt gesehen wird bei der Diskussion um die Schieflage der kommunalen Haushalte jedoch ein Punkt fahrlässig unterschlagen und zwar die vollzogene Umstellung von der kameralistischen Haushaltsführung auf das neue NKF-System.

Das NKF-System soll ja nicht nur mehr Transparenz für alle Beteiligten mit sich bringen, sondern soll auch für Generationengerechtigkeit sorgen, indem zum Beispiel Abschreibungen und Pensionsrückstellungen in diesem Finanzsystem abgebildet werden.

Nicht die in Aussicht gestellten Steuersenkungen und die reduzierte Gewerbesteuerereinnahmen, sondern gerade diese Positionen machen die größte Mehrbelastung für unsere kommunalen Haushalte aus.

Dies ist auch ausdrücklich so gewollt und ist auch allen Beteiligten seit langem bekannt. Denn es ist doch wahrlich ein Unding und eine Ungerechtigkeit erster Güte, dass wir die Folgen fahrlässiger Haushaltsführung für die nächste Generation einfach unterschlagen haben.

Diese Positionen führen auch in unserem Haushalt dazu, dass wir für 2010 ein strukturelles Defizit von gut 4,63 Mio. EUR im Ergebnisplan erwarten. Hiervon entfallen allein auf Abschreibungen gut 4,2 Mio. EUR und 400.000,00 EUR auf Pensionsrückstellungen.

Das heißt also konkret für die zukünftige Stadt Verl: Wir sind zur Zeit nicht in der Lage, Abschreibungen und Pensionsrückstellungen aus eigener Kraft zu erwirtschaften.

Dieses voraussichtliche Defizit werden wir aber im Jahr 2010 gut verkraften können, da unsere Eigenkapital-Situation in Verl nach wie vor unverändert stark ist.

So gehen wir davon aus, dass sich zum Ende diesen Jahres ein Guthaben von gut 50,0 Mio. EUR auf den verschiedensten Konten der Gemeinde Verl befinden wird.

Diese ausgezeichnete Liquidität ist in der noch zu erstellenden Eröffnungsbilanz abzubilden.

Und hier, meine Damen und Herren des Rates, bin ich bei einem Punkt, wo ich Sie noch um etwas Geduld bitten möchte.

Es ist mir durchaus bewusst: Eine abschließende und sachlich korrekte Bewertung des vorliegenden Haushaltsentwurfes ist ohne die Vorlage einer Eröffnungsbilanz gar nicht vollständig möglich.

Leider liegt sie Ihnen immer noch nicht vor und wir befinden uns damit in guter oder - wenn man so will - auch schlechter Gesellschaft mit vielen anderen Kommunen.

Ich bitte Sie, dies jedoch nicht als Entschuldigung zu werten. Nur es ist manchmal eben nicht so leicht getan wie gesagt. Ich sage Ihnen verbindlich zu, dass die Verwaltung engagiert bemüht ist, so schnell wie möglich, aber auch so gründlich wie nötig, eine testierfähige Eröffnungsbilanz vorzulegen. Unsere Kämmerin Frau Koch und der neue Leiter des Fachbereiches Finanzen, Herr Matthias Möllers, arbeiten mit Nachdruck hieran. Dieses wird dadurch deutlich, dass dieser Haushaltsentwurf den ersten Vorentwurf der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 enthält.

Das jetzt ausgewiesene Defizit werden wir durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage, die derzeit – abzüglich der Entnahme für 2009 – ca. 15,0 Mio. EUR beträgt, ausgleichen. Somit ist der fiktive Haushaltsausgleich für das Jahr 2010 gewährleistet.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, einige wenige Worte zum Thema Ausgleichsrücklage. Hier ist meines Erachtens ein Webfehler im NKF enthalten, der dringend der Nachbesserung bedarf.

Wie Ihnen bekannt ist, darf die Ausgleichsrücklage max. 1/3 des vorhandenen Eigenkapitals betragen - maximal jedoch in Höhe eines Drittels des durchschnittlichen Nettoeinkommens und der allgemeinen Zuweisungen von insgesamt drei Jahren vor dem Eröffnungsbilanzstichtag. Wir waren daher sehr gut beraten, so spät wie möglich von der Kameralistik auf das neue kommunale Finanzmanagement umzustellen, hatten wir doch gerade im Jahr 2008 Einnahmen in Rekordhöhe. Zur Zeit ist es jedoch nur schwer möglich diese Ausgleichsrücklage wieder aufzufüllen. Das Gesetz will es so, dass dies nur durch ein positives Jahresergebnis, also einen Gewinn, möglich ist und Ergebnisse vergangener Jahre hier unberücksichtigt bleiben.

Die hohe Liquidität der Gemeinde Verl hat also auf den Haushaltsausgleich und die Ausgleichsrücklage keinen Einfluss.

Sie können sich selbst ausrechnen, wie oft wir uns in Verl noch ein derartig negatives Jahresergebnis erlauben dürfen wie im Haushalt 2010 vorgesehen. Spätestens 2014 könnte es dann auch für die Stadt Verl kritisch werden, wenn wir hier nicht rechtzeitig gegensteuern bzw. die Einnahmen sich noch positiver darstellen.

In unserer Kommune haben wir bisher immer darauf vertrauen können, dass die tatsächlich endgültig geprüften Ergebnisse stets besser ausgefallen sind als die Planzahlen. Aber ich warne davor, einen solchen Automatismus sozusagen als gottgegeben vorauszusetzen. Doch für das Jahr 2009, und das ist die gute Nachricht, befinden wir uns wieder in dieser glücklichen Lage.

War für das Jahr 2009 noch ein Haushaltsdefizit über 5,7 Mio. EUR vorgesehen, kann dies nach heutigem Stand auf ca. 2,0 Mio. EUR reduziert werden.

Entscheidend für diese positive Entwicklung ist wieder einmal die erfreuliche Entwicklung unserer Gewerbesteuer.

Jedem von uns war klar, dass wir das Rekordergebnis aus dem Jahre 2008 mit 43,2 Mio. EUR nicht wiederholen können. Entsprechend vorsichtig haben wir beim letzten Haushaltsentwurf auch eine Erhöhung der Position Gewerbesteuereinnahmen von 25,0 Mio. EUR auf nur 27,5 Mio. EUR vorgesehen. Und wenn uns in den letzten drei Wochen nicht noch eine negative Überraschung trifft, werden wir aller Voraussicht nach nicht nur dieses Ziel erreichen, sondern ich bin zuversichtlich, dass die 30,0 Mio.-Grenze sogar geringfügig überschritten werden kann.

Für das Jahr 2010 schlägt Ihnen die Verwaltung erneut einen Ansatz von 27,5 Mio. EUR bei der Gewerbesteuer vor. Auch unsere bisher erfolgreich agierenden Gewerbetreibenden spüren den rauen Wind der Wirtschaftskrise, was sich wiederum bei uns im Hause derzeit in einem Mehr an Erstattungen als an Nachforderungen bei der Gewerbesteuer auswirkt. Und da wir gerade bei der Gewerbesteuer in der Regel eine zweijährige Verzögerung feststellen können, werden wir erst in dem kommenden und dem darauf folgenden Jahr die vollen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren bekommen.

Die Erfüllung des Haushaltsansatzes für 2010 mit 27,5 Mio. EUR wäre daher mehr als zufriedenstellend anzusehen. Nur zum Vergleich: Die Kreisstadt Gütersloh rechnet bei einem Hebesatz von 403 Punkten in 2010 mit einer Einnahme aus der Gewerbesteuer von 44,3 Mio. EUR, Verl bei einem Hebesatz von 340 Punkten mit 27,5 Mio. EUR. Dieser Vergleich belegt meines Erachtens eindrucksvoll die Ertragskraft und die Rentabilität unserer Betriebe vor Ort. Diese gilt es, auch in Zukunft nachhaltig zu erhalten und zu fördern. Wir müssen in Verl kontinuierlich die Voraussetzungen für ein weiteres vernünftiges Wachstum schaffen. Nur die vage Hoffnung auf den ewigen Erhalt dieses „status quo“, verbunden gar noch mit einem bequemen „Die-Hände-in-den-Schoß-Legen“ - das ist nicht zielführend.

Bei den Anteilen an der Einkommensteuer bzw. Umsatzsteuer, haben wir bereits Reduzierungen um 160.000,00 EUR bzw. 20.000,00 EUR vorgenommen. Sicherlich könnte man diesbezüglich auf den Bund verweisen. Doch sind diese Beträge angesichts des gesamten Haushaltsvolumens bei Lichte betrachtet letztlich wahrlich nicht entscheidend.

Schon mehr trifft uns in Verl das nach wie vor extrem niedrige Zinsniveau. Trotz eines guten Vermögensbestandes auf Rekordniveau gehen wir davon aus, dass 2010 auf Grund der niedrigen Zinsen ca. 500.000,00 EUR weniger erwirtschaftet werden.

Eine der größten Positionen bei den Ausgaben stellt wieder einmal die Kreisumlage dar.

20,4 Mio. EUR, d. h. nahezu dreiviertel unserer kompletten Gewerbesteuereinnahmen, müssen wir von unseren Konten an den Kreis Gütersloh überweisen.

Hierbei ist in unserem Falle noch zu berücksichtigen, dass die bisherige Jugendamtsumlage in Höhe von bisher 7,3 Mio. EUR erstmals entfällt, da wir bekanntlich ab dem 01.01.2010 über ein eigenes Jugendamt verfügen.

Wäre dieser Entschluss nicht getätigt worden und wären wir weiter in der Gemeinschaft des Kreises verblieben, könnten wir von einer Kreisumlage von nahezu 30,0 Mio. EUR ausgehen. Praktisch hätte dies bedeutet, dass wir nicht nur die komplette Gewerbesteuerentnahme, sondern auch noch einen erheblich darüber hinaus gehenden Betrag an den Kreis hätten abführen müssen. Einigen Kommunen im Kreis Gütersloh wird es in 2010 so widerfahren.

Für mich ist dies schlicht und einfach ein Unding. Es kann doch nicht sein, dass der Kreis seinen Finanzbedarf ermittelt und die Kommunen sehen müssen, wie sie dieses Geld zusammenbekommen, egal ob sie es haben oder nicht. Im gleichen Stil verfährt wiederum der Landschaftsverband mit den Kreisen. Man muss kein Fachmann sein, um zu erkennen, dass hier ein Fehler im System vorhanden ist. Auf Dauer kann diese Art der Finanzierung nicht gut gehen.

Ich kann hier nur dem Kreiskämmerer Herrn Kleinebeker zustimmen, der anlässlich der Einbringung des Kreishaushaltes äußerte: „Wir haben sehr genau erkannt, dass wir mit hoher Geschwindigkeit in eine Sackgasse hineinfahren, und zwangsläufig mit einem heftigen Knall vor der Mauer der tatsächlichen Belastungsgrenzen der Kommunen landen werden. Ein wirklich treffendes Bild des derzeitigen Desasters, und wenn es dann tatsächlich zum Aufprall kommt, ist der Totalschaden für Kreis und Kommunen unausweichlich.“

Doch zunächst sollte man ja doch einmal fragen dürfen: Warum ist der Kreis überhaupt in eine Sackgasse gefahren? Wer ist letztendlich dafür verantwortlich? Und warum will man nicht begreifen, dass es auch einen Rückwärtsgang gibt?

Der Kreiskämmerer zeigte noch ein weiteres, ebenfalls realistisches Bild der aktuellen Situation auf.

„Wenn einem das Wasser bis zum Halse steht, soll man den Kopf nicht hängen lassen.“ Für wahr, eine schlaue Weisheit.

Doch hätte ich hier einen anderen Tipp: Wie wäre es denn einfach mal mit Schwimmen – sprich sparen - lernen, um dem Ertrinken zu entgehen, anstatt immer wieder von den Kommunen das Zuwerfen von Rettungsringen zu verlangen.

Man sollte mit entsprechenden Reform-Überlegungen nicht so lange warten bis sich die Kommunen eines Tages wirklich völlig außer Stande sehen, die Umlagen zu zahlen, und dann das gesamte System der Umlagenfinanzierung in sich zusammenbricht, und damit dann auch die Selbstverwaltung der Kommunen gänzlich beendet ist.

Natürlich sparen wir die 7,3 Mio. EUR für die Jugendamtsumlage nicht komplett ein. Insgesamt sind in unserem Haushalt inklusive Personalkosten hierfür 4,36 Mio. EUR vorgesehen. Aber immerhin noch eine Ersparnis von gut 3,0 Mio. EUR.

Ich möchte hier keinen falschen Eindruck erwecken. Wenn in den anderen Kommunen bisweilen Krokodilstränen vergossen werden über die Verler, die die Solidargemeinschaft des Kreises verlassen hätten, nur weil sie aufs Geld bedacht seien, so liegt hier einfach ein Irrtum vor: Es geht uns in erster Linie eben nicht ums Geld.

Mit einem eigenen Jugendamt vor Ort haben wir effizientere und bessere Möglichkeiten, für die Menschen in unserer Stadt zu sorgen. Ich bin sehr sicher, dass das Team um unseren neuen Fachbereichsleiter Herrn Burkhard Michler diese Chance zum Wohle unserer Verler Bürgerinnen und Bürger nutzen wird und dass wir diese Aufgabe gemeinsam erfolgreich meistern werden.

Entlastet wird der Haushalt 2010 auch durch eine geringere Gewerbesteuerumlage in Höhe von 410.000,00 EUR und einen geringen Beitrag zum Fond Deutscher Einheit in Höhe von 990.000,00 EUR.

Als einmaliges positiven Effekt können wir für 2010 auch die Erstattung der zuviel gezahlten Solidarbeiträge für die Deutsche Einheit in Höhe von 2,5 Mio. EUR verbuchen. Gut, dass wir hier den Mut zur Klage hatten.

Lassen Sie mich nun zu einigen größeren Ausgabepositionen Stellung nehmen.

1,0 Mio. EUR sind im Haushalt 2010 vorgesehen, um die Stadt Verl möglichst flächendeckend mit einer Breitbandversorgung in ausreichendem Umfang auszustatten.

Die Zugangsmöglichkeiten zum Internet und seinen entsprechenden Medien sind für die Zukunftschancen einer Kommune nicht zu unterschätzen. Nach meinem Dafürhalten kann man hier sehr wohl von einem Standort-Vorteil bzw. auch -Nachteil reden.

Wir streben hier eine möglichst optimale Versorgung unserer Gemeindefläche als Grundausstattung an und sind auch bereit, hierfür viel Geld in die Hand zu nehmen. Wir wollen für Verl die Datenautobahn und nicht den Datenfeldweg.

Hier können wir übrigens aktuell und drastisch eine erhebliche Benachteiligung von Flächengemeinden wie Verl gegenüber Ballungsgebieten erkennen. Während Ballungsgebiete zum Nulltarif optional versorgt werden, müssen wir als Flächengemeinde tief ins eigene Portmonee langen. Nichtsdestotrotz, es ist eine nachhaltige, sinnvolle Investition in die Zukunft. Ärgerlich sind hier nur die vollkommen unsinnigen und bürokratischen Vorgaben aus Brüssel, die die Umsetzung rechtlich und zeitlich mehr als erschweren.

Viel Geld fließt auch wieder in unsere Schulen. Der Ganzttag gewinnt immer mehr an Akzeptanz. Hiermit sind jedoch auch ständig höhere Kosten verbunden. Allein die Bezuschussung des Mensaessens und die umfangreiche Schülerbeförderung schlagen mit 80.000,00 EUR bzw. 70.000,00 EUR also insgesamt 150.000,00 EUR Mehrkosten zu Buche.

Wir dürfen bei der allgemeinen Euphorie über den Ganzttag aber nicht die daraus resultierenden Probleme übersehen.

Auf der letzten Sitzung des Gemeinde-Sportverbandes wurde deutlich, dass der Ganzttagsbetrieb erhebliche Folgen für unsere Vereine mit sich bringen wird. Hier sind alle Beteiligten aufgefordert, nach Lösungsansätze zu suchen.

Das auch die Medaille Ganzttagsschule zwei Seiten hat, wurde mir erst heute Morgen beim Zeitunglesen nochmals deutlich, wo ein evangelischer Pfarrer unter der Schlagzeile "Pfarrer kritisiert Schulen", wie folgt zitiert wird: "Die zwangsweise Kasernierung und Pädagogisierung der Kinder in den Schulen, um sie und ihre Familien marktkonform zu machen, wird sich als verhängnisvoll für die Zukunft unserer Gemeinden und Gesellschaft erweisen."

Des Weiteren sagt er, dass es eine Sünde sei, die freie Zeit der Kinder immer weiter zu beschneiden.

Nichtsdestotrotz muss unser Ziel unverändert sein, dass in unseren Schulen im Ganzttag die Kinder sinnvoll und individuell gefördert und nicht verwahrt werden.

An der St.-Georg-Schule Sürenheide und im Verler Schulzentrum, hier besonders für das Gymnasium, sind noch umfangreiche Erweiterungsmaßnahmen vorgesehen, um die dort aktuell herrschende Raumnot zu lindern. Die entsprechenden finanziellen Mittel sind im Entwurf 2010 enthalten.

Ausgaben für Bildung stehen Jahr für Jahr an erster Stelle im Haushalt unserer Kommune. Die Gemeinde Verl hat von 2004 - 2008 17,6 Mio. EUR in die Bildungslandschaft vor Ort investiert, und immer wieder wird in diesem Zusammenhang zur Recht der alte Spruch zitiert: „Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft!“

Ich will hier überhaupt keinen Zweifel aufkommen lassen, ich stehe voll und ganz hinter diesen Investitionen, aber es muss auch einmal die Frage erlaubt sein: Was haben denn diese Investitionen inhaltlich Positives mit sich gebracht?

Ist es wirklich gut angelegtes Geld? Hat sich die Schullandschaft wirklich positiv entwickelt? Haben wir durch unsere Investitionen mit dazu beigetragen, dass mehr junge Leute in der Lage sind, eine Ausbildung zu beginnen und auch erfolgreich abzuschließen?

Im wirtschaftlichen Leben würde man den Begriff „Controlling“ jetzt ins Spiel bringen. Und ich glaube, das darf auch erlaubt sein. Der entsprechende Fachausschuss, also der Schul-, Sport- und Kulturausschuss, darf nicht zu einem zweiten Bauausschuss mutieren, der hier nur noch die Wunschzettel von Schülern, Eltern und Lehrern entgegen nimmt und sich bemüht, möglichst viel davon möglichst schnell umzusetzen.

Man darf ja wohl auch einmal fragen – ich meine sogar, es ist unsere Pflicht, danach zu fragen -, ob das ausgegebene Geld denn nun eigentlich Früchte trägt.

In diesem Haushalt ist jedoch nicht nur an die Lebenden unserer Gemeinde gedacht, sondern auch für die Verstorbenen bzw. deren Angehörige ist Geld vorgesehen.

Die vier Aufbewahrungsräume in der Friedhofskapelle sind in ihrem jetzigen Zustand nicht mehr geeignet, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass Angehörige würdevoll von ihren Verstorbenen Abschied nehmen können.

100.000,00 EUR sind dafür im Haushalt vorgesehen, um hier Abhilfe zu schaffen. Entsprechende Vorüberlegungen und Entwürfe werden zur Zeit im Fachbereich Hochbau erstellt und sollen Ihnen bei einem positiven Beschluss Anfang des nächsten Jahres vorgestellt werden.

Ich könnte hier noch auf viele Positionen, die im Haushalt vorgesehen sind, eingehen und Erläuterungen dazu vortragen. Doch es handelt sich bei den meisten Fällen um bereits in den Ausschüssen und im Rat beschlossene Maßnahmen, die also von Ihnen schon beraten und diskutiert worden sind.

Lassen Sie mich daher die wichtigsten Punkte in einer Aufstellung kurz zusammenfassen:

- Renovierung des Lernschwimmbeckens
- Modernisierung der Cafeteria im Freibad
- Umstellung der Heizungsanlage im Schulzentrum
- Erweiterung und energetische Sanierung des Kindergartens "Kleine Strolche"
- Umwandlung eines bisherigen Rasenkleinspielfeldes in einem Kunstrasenplatz im Sportzentrum Poststraße
- Umfangreiche Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus bzw. der Wohnumfeldverbesserung (z. B. die Nord-Ost-Umgehung bzw. der zweite Abschnitt der Helfgerd-Siedlung)
- Erweiterung der Umkleiden im Sportzentrum Sürenheide

Auch 2010 investieren wir nachhaltig und kräftig in die Infrastruktur unserer zukünftigen Stadt. 12,18 Mio. EUR sind allein für Baumaßnahmen, 4,25 Mio. EUR für Grunderwerb und 1,4 Mio. EUR für die Anschaffung beweglichen Anlagevermögens in diesem Haushalt vorgesehen.

Insgesamt ca. 17,8 Mio. EUR ohne jegliche Kreditaufnahme, ohne jegliche Erhöhung der Steuersätze.

Sie sehen, wir wollen auch im Jahr 2010 in der Stadt Verl viel bewegen und viel investieren. Ich bin sicher, meine Damen und Herren des Rates, es wird nicht nur ein arbeitsreiches Jahr, es wird auch ein spannendes und interessantes Jahr 2010, in dem wir wichtige Weichenstel-

lungen für unsere Stadt vornehmen können. Ich nenne hier nur den Punkt Ortskerngestaltung innerhalb des Ortsgebietes.

Ach, beinahe hätte ich zum Schluss noch einen Punkt vergessen. In genau drei Wochen feiern wir Silvester und damit auch den letzten Tag der Gemeinde Verl. Ab dem 1. Januar 2010, sozusagen zum 40-jährigen Geburtstag, werden wir dann Stadt Verl. Ein einmalige Ereignis, das wir, die aktuellen Bürgerinnen und Bürger Verls, erleben dürfen. Und ich glaube auch, bei aller uns nachgesagten Sparsamkeit, sollten wir die Stadtwerdung zum Anlass nehmen, sie gebührend zu feiern.

Am 8. Januar 2010 ist ja, wie Ihnen bekannt, der offizielle Festakt. Es ist beabsichtigt, am Sonntag, dem 25. April 2010, ein Fest unter dem Motto „Wir feiern Stadt von Bürgern für Bürger“ zu feiern. Vor zwei Wochen hat in diesem Ratssaal eine Veranstaltung stattgefunden, bei der viele Vertreter von Vereinen und Institutionen anwesend waren und es liegen schon zahlreiche Anregungen hier im Rathaus vor.

Nur, das ist alles nicht zum Nulltarif zu bekommen. Auch wenn vielleicht dem einen oder anderen der im Haushalt vorgesehene Betrag von 70.000,00 EUR zu hoch erscheinen mag, sollten wir diesen Betrag bereitstellen. Denn, wie bereits gesagt, eine Stadtwerdung erlebt man nur einmal. Die Stadt Verl soll sich auch zudem nach außen attraktiv und modern darstellen, daher stehen 30.000,00 EUR für die Erstellung eines neuen Logos im Haushalt bereit.

Und diese Stadt mit ihren Menschen darf, so glaube ich feststellen zu können, einer guten Zukunft entgegensehen. Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt es deutlich. Wir sind finanziell nach wie vor solide aufgestellt, haben eine ausgezeichnete Eigenkapitalausstattung und investieren nachhaltig und sinnvoll in die Infrastruktur unseres Ortes, um somit auch in Zukunft zu gewährleisten, dass die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sich verbessert.

Aber eins muss man offen und ehrlich sagen, und ich würde mir wünschen, wir würden es bei unseren künftigen Entscheidungen noch sorgfältiger beachten.

Investitionen auf dem Niveau der letzten fünf Jahre werden wir uns nicht mehr Jahr für Jahr leisten können. Denn es wäre schon mehr als optimistisch anzunehmen, dass unsere Steuereinnahmen ständig auf diesem hohen Niveau verharren bzw. sogar noch ansteigen. Und auch das NKF zwingt uns letztendlich dazu, das strukturelle Defizit so gering wie möglich zu halten.

Gerade die bereits fertig gestellten Bauten der letzten Jahre und die noch anstehenden und zu realisierenden Objekte in der Zukunft werden die Position der Abschreibung noch weiter anwachsen lassen. Wir müssen aber auch sehen, dass wir damit letztendlich dauerhafte Werte zum Wohle der nächsten Generation schaffen.

Nächstes Jahr um die gleiche Zeit dürften wir alle ein klein wenig schlauer sein.

Wir werden dann wahrscheinlich deutlicher erkennen, welche konkreten Auswirkungen das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ mit sich bringt, wie sich die Weltwirtschaft insgesamt entwickelt und der erste doppelte Jahresabschluss und die Eröffnungsbilanz sollten vorliegen. Dann kann man auch seriös feststellen, ob und in welchem Umfang Konsolidierungsbedarf besteht.

Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, wünsche ich viel Freude und ergebnisorientierte Gespräche und Diskussionen bei der Beratung des vorliegenden Entwurfes.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich sind gerne bereit, Ihnen alle gewünschten Erläuterungen zum Haushalt 2010 zu geben. Lassen Sie uns weiter gemeinsam konstruktiv an einer guten Zukunft für die Stadt Verl arbeiten.